

Gastbeitrag zur 1:12-Initiative, über die das Volk am 24. November entscheidet

Geld gehört nicht der Allgemeinheit



VON DAVID WÜEST-RUDIN

JA, DA IST ETWAS aus dem Lot geraten. Die hohen Millionensaläre einzelner Manager und Banker sind stossend. Dennoch, ich bin dezidiert gegen die 1:12-Initiative –

aus vielen Gründen. Zuerst grundsätzlich: Es ist nicht unser Geld, es gehört nicht der Allgemeinheit, es wird niemandem gestohlen, niemand wird geschädigt oder benachteiligt. Das Geld gehört den Aktionären oder den Lohnbezügem selbst. Oder erheben Sie persönlich ernsthaft Anspruch auf Roger Federers Millionenverdienst?

DIE RELATIV BREITE SYMPATHIE

für diese im Kern sozialistische Idee kommt aus einer berechtigten dreifachen Empörung. Zum einen bewegen sich einige Manager und Kreise von Sportlern und Künstlern in Welten mit eigenen Salärgesetzen. Man mag das moralisch verwerflich finden, aber 1:12 wird nichts daran ändern. Die Umgehungsmöglichkeiten sind in der globalen Wirtschaft mannigfaltig und legal. Zum anderen die Empörung über die Saläre und Boni der Absturz-Banker. Das Thema muss man noch schärfer als bereits getan angehen, Banken müssen Konkurs gehen können. 1:12 ist zur Lö-

sung aber ungeeignet. Schliesslich wird ins Feld geführt, es sei ungerrecht, dass auf der einen Seite Leute Millionensaläre bezögen, während andere von ihrem Gehalt nicht leben könnten. Die Diskussion kann man führen, aber nicht mit dieser Initiative. Tiefe Löhne würden nicht angehoben – das zu glauben, wäre naiv.

WIR KÖNNEN ÜBER eine stärkere Hochlohnbesteuerung, über mehr Bankenregulierung oder einen Mindestlohn diskutieren, aber doch nicht

Erheben Sie persönlich ernsthaft Anspruch auf Roger Federers Millionenverdienst?

über ein Verbot hoher Einkommen. Die Initianten lösen also die Ursache der berechtigten Empörung nicht. Sie tun aber etwas anderes ganz gekonnt: Sie bewirtschaften die Emotion der Empörung. In bestem populistischem Stil, den wir sonst von den SVP-Ausländer- und EU-Kampagnen gewohnt sind, schürt und bewirtschaftet die Initiative Volkes Gefühle gegen «die da oben», diesmal gegen die Reichen und «die Abzocker».

HABEN SIE DIE FLYER gesehen mit den geringen Händen der «Abzocker», die nach «unserem» Geld greifen?

Genau wie damals die SVP mit den gierigen Händen der «Ausländer», die nach «unserem» Schweizer Pass greifen. Die Linke kopiert den Politstil der Rechtspopulisten und führt uns in eine soziale Kultur des Klassenkampfes. Wollen wir das? Ich nicht.

ABGESEHEN DAVON würde eine Annahme der Initiative konkreten Schaden anrichten. Der Umfang des finanziellen Schadens in den Staatshaushalten und den Sozialwerken ist umstritten, aber nicht unerheblich. Vor allem aber wird ein Grundrecht unserer freiheitlichen Rechtsordnung angegriffen: die Vertragsfreiheit. Mündige Personen können in der Schweiz frei eine Abmachung treffen, solange sie keine Drittpartei schädigen. Dieser Grundpfeiler der Freiheit darf nicht der berechtigten Empörung über einige wenige Millionenbezüger geopfert werden.

JA, EINZELNE SALÄRE sind aus dem Lot geraten. Dennoch lehne ich die völlig untaugliche und populistische 1:12-Initiative ab, auch wenn ich genau so über die verantwortungslosen «Abzocker» empört bin. Aber ich lasse diesmal nur den Kopf entscheiden – nicht den Bauch. Ein Empörungsentcheid würde zu viel Schaden an Gesellschaft, Staat, Sozialwerken und Wirtschaft anrichten.

David Wüest-Rudin (43) ist Präsident der Basler Grünliberalen

Basel Freitag 8.11.2013, S.23